

Die Elektrizitätswirtschaft in Oesterreich.

Je länger der Krieg dauert und je gewaltiger seine Kosten anschwellen, desto größere Schwierigkeiten wird nach seiner Beendigung die Konsolidierung der Finanzen bereiten. Schon heute kann man erkennen, daß eine solche sich nicht allein auf den ausgetretenen Pfaden früherer Finanzkunst durch Steuern, Gebühren, Abgaben, Monopole und dergleichen erreichen läßt, denn wie man einen durch Blutverlust geschwächten Körper nicht mit Überläßen, sondern nur durch Zufuhr kräftigerer Nahrung genesen machen kann, so kann auch der erschöpfte Wirtschaftskörper nicht durch gesteigerte Abzählungen, sondern nur durch Stärkung und Erhöhung seiner Kräfte neu belebt und zur Gesundheit geführt werden. Welche Methoden dabei einzuschlagen sind, hängt in erster Linie von den künftigen Friedensbedingungen ab. Sollten diese einen Abbau des Völkerrasses und die Wiederanbahnung geregelter Beziehungen zwischen den jetzt feindlichen Mächten einleiten, so muß besonderes Gewicht auf die Förderung des Handels gelegt werden, ist dieser es doch, welcher am leichtesten und intimsten die Fäden im Reize des Güterverkehrs knüpfen, alle Verbindungen erneuern und einen intensiven, alle Beteiligten bereichernden Warenaustausch wieder ins Leben rufen kann. Das läßt sich nur auf dem Wege größtmöglicher Handelsfreiheit und schrankenloser Entfaltung aller kommerziellen Kräfte erzielen. Sollten dagegen die Gegenläufe der kämpfenden Völkerguppen so tief bleiben, daß auch im kommenden Frieden der Wirtschaftskampf seine Fortsetzung findet, so wird der von der Geschäftswelt naturgemäß wenig angenehm empfundene staatliche Einfluß auf Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Güter fürs erste schwerlich gelockert werden dürfen. Werden unserer Unternehmungslust alle Länder der Erde als Markt offen stehen, dann ist Raum genug für das freie Spiel der Kräfte; müssen wir uns aber vorwiegend auf Rohstoffbeschaffung und Absatz im eigenen Lande und dem unserer Bundesfreunde beschränken, so wird höchste Ökonomie in Arbeit und Verbrauch zum Gesetz. Ein wohlbedachter Tätigkeitsplan muß dann jeden an die richtige Stelle setzen, so daß ein Rad möglichst reibungslos ins andre greift und jede Verschwendung an Material und Arbeit tunlichst vermieden wird. Die Naturschätze des Landes müssen dann systematisch und rationell ausbeutet, jede Zersplitterung hinangehalten werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die Einwirkung des Staates auf die Elektrizitätswirtschaft von neuer gewaltiger Bedeutung, ist ja die Verwertung dieser Energieform so vielseitig und der Nutzen, den sie als Licht, Kraft, Wärme und chemische Energie auf fast allen Gebieten moderner Zivilisation leistet, so bedeutend, daß es erklärlich erscheint, wenn der Staat ihre Erzeugung und Verteilung der Privatwirtschaft entzieht und im öffentlichen Interesse regelt. Bereits in früheren Aufsätzen („Staatliche Elektrizitätswirtschaft“, „N. W. Z.“ vom 9. und 19. August 1916) ist an dieser Stelle eingehend über den Stand des Problems im Deutschen Reiche und bei uns berichtet worden. Dasselbe erregt jetzt neuerdings die öffentliche Aufmerksamkeit dadurch, daß im Herrenhaus von drei hervorragenden Kennern der Materie, Dr. Exner, Dr. Beurle und Professor Mari Sohenegg, die gerichtliche und administrative Regelung des Elektrizitätswesens in Oesterreich in Angriff zu nehmen und der parlamentarischen Behandlung zu unterziehen beantragt wurde. Wer sich über den Komplex der dabei in Betracht kommenden Fragen unterrichten will, findet einen übersichtlichen, empfehlenswerten Führer in einer jüngst erschienenen Schrift von Max Ried („Gegenwart und Zukunft der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland und Oesterreich“), welche ein reiches Tatsachenmaterial in knapper Behandlung zusammenfaßt. Auch dieser Autor ist der Ansicht, daß die Elektrizitätswirtschaft vom Reiche einheitlich geregelt und nicht den Ländern überlassen werden dürfe. Den Gemeinden und der Privatindustrie, deren Verdienste um die Ausbreitung elektrischer

Energie nicht verkant werden sollen, würde nach wie vor die Verteilung vorbehalten bleiben, nur die Erzeugung solle dem staatlichen Einfluß verfallen. Das finanzielle Moment stünde wenigstens zunächst in zweiter Linie, wesentlich wichtiger sei das volkswirtschaftliche, denn eine planmäßige und zielbewusste Einflußnahme auf die Stromproduktion, Herstellung neuer und Ausbau bestehender Großkraftwerke in Verbindung mit der Stilllegung kleiner, unwirtschaftlich arbeitender Zentralkraftwerke, schließlich eine Durchquerung des ganzen Reiches durch ein engmaschiges Leitungsnetz könnte die Stromlieferung wesentlich verbilligen und die Versorgung auch solcher Gegenden mit Elektrizität ermöglichen, die aus Rentabilitätsgründen bisher ihre Segnungen nicht genießen konnten. Die Errichtung leistungsfähiger Zentralkraftwerke auf den Kohlenhöfen würde günstige Ausnutzung des Brennstoffes einerseits durch die Vorteile der Zentralisierung, andererseits durch Verwertung der dabei gewinnbaren Nebenprodukte gewähren.

Der Fortfall des Transports der Kohle zu den Betriebsstätten würde zugleich Bahnstrecken und Arbeitspersonal in hohem Maße entlasten. Die Regierung könnte ferner auf die Kohlenproduktion einen gewichtigen Einfluß gewinnen, was vom finanziellen wie volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verstanden werden kann. Die Erschließung unserer reichen, erst zum geringen Teil ausgenützten Wasserkraftläufe wäre ebenfalls der Allgemeinheit zugute, abgesehen von dem Nutzen der damit zusammenhängenden Wildbachverbauung und Anlegung von Stauwehnen. Die Landwirtschaft, deren Hebung doch eine der ersten Bedingungen unserer Zukunftswirtschaft ist, würde durch die Verbräutung elektrischer Licht- und Kraftstroms beträchtlich gewinnen, und die chemische Industrie, die bei uns früher nur schwach vertreten, im Kriege einen gewaltigen Aufschwung nahm, eine ungeahnte Entwicklung finden.

Von der Errichtung eines Elektrizitätsmonopols kann bei uns allerdings noch weniger als in Deutschland die Rede sein, da zur Ablösung der bestehenden Werke, zur Errichtung von Großkraftwerken schätzungsweise eine Milliarde Kronen aufgebracht werden müßte, deren Verzinsung, wie die Untersuchungen von Klingenberg ergeben haben, nur in mäßigen Grenzen bliebe. Hingegen wird von vielen Autoren die Elektrizitätsversorgung in Form einer Unternehmung empfohlen, bei der Staat- und Privatkapital zusammenarbeiten. Nied entwickelt die Grundlagen zu einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, von dessen Verwirklichung er den Zusammenschluß der Staats- und Privatwerke zu einem Verbände erwartet, dessen Leitung jedoch dem Staate zustehe, der damit kraft der dadurch gewonnenen Autorität viele Schwierigkeiten leicht überwinden könnte, deren Behebung der Privatindustrie bisher die größten Mühen und Opfer gekostet hat. Es handelt sich also nicht um sogenannte „gemischtwirtschaftliche Unternehmungen“, sondern um ein organisiertes Zusammenarbeiten von öffentlicher und privater Verwaltung, bei welchem dem Staate aber unter allen Umständen das Übergewicht gewahrt bleiben soll. Gewiß hat dieser Vorschlag manches Bestehende an sich, würde er doch eine staatliche Zentralisierung der gesamten Elektrizitätsversorgung analog dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen anbahnen, ohne die Vorzüge der Privatbetriebe auszuscheiden. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß gerade in Oesterreich einer derartigen Organisation auch schwere Bedenken entgegenstehen.

Bedenklicher ist schon die Gefahr, daß die staatliche Verwaltung, die erfahrungsgemäß bürokratisch und nicht kaufmännisch geführt wird, sich den hohen Anforderungen, welche gerade Bau und Betrieb großer Elektrizitätswerke erfordern, nicht gewachsen zeigen könnte. Es müßte mit den herkömmlichen Formen vollkommen gebrochen und eine Geschäftsführung eingerichtet werden, bei der hohes technisches Können mit rascher Entscheidungsfähigkeit gepaart ist.

Die ganze Tendenz der Entwicklung des Elektrizitätswesens geht in den meisten Ländern dahin, Formen zu finden, die die Verfügung über die auf so vielen Gebieten unentbehrlich gewordenen Energieformen

einerseits aus finanziellen Gründen, andererseits aus solchen des Allgemeinwohls dem Staate sichern sollen. Wenn der Siegeslauf der Elektrotechnik, der in nicht viel mehr als einem Vierteljahrhundert eine ganze Revolution in der modernen Zivilisation herbeigeführt hat, nicht im Sande ernden soll, muß dafür gesorgt werden, daß nicht dem ersten Motiv zuliebe das zweite zu sehr in den Hintergrund geschoben werde!

Emil Honigmann.